



HESSISCHER LANDTAG

27. 09. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

**betreffend schwarz-gelbe Zerstrittenheit "lähmt" Hessen -
landespolitischen Stillstand überwinden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die zunehmende Zerstrittenheit der Koalitionspartner CDU und FDP - insbesondere in der Bildungspolitik - zur Lähmung der Landespolitik führt. Offensichtlich ist diese Koalition nicht mehr in der Lage, in wichtigen politischen Fragen eine einvernehmliche Position zu finden.
2. Der Landtag bekennt sich zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts in dieser Legislaturperiode.
3. Der Landtag lehnt die von der Landesregierung im Entwurf des Haushaltsplans 2012 vorgesehene Streichung von 1.000 Referendarstellen ab.
4. Der Landtag kritisiert das offensichtlich innerhalb der Landesregierung unabgestimmte Vorgehen des Ministerpräsidenten im Hinblick auf die Einführung einer Pkw-Maut.
5. Der Landtag erwartet, dass die Regierungskoalition nicht durch widersprüchliche Aussagen zur Reform des Länderfinanzausgleichs oder zu einer möglichen Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die Verhandlungsposition Hessens schwächt.
6. Der Landtag spricht sich für die Beibehaltung des staatlichen Wettmonopols aus.
7. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung umgehend eine gemeinsame Position zur Umsetzung der Verfassungsgerichtsurteile zur Sicherungsverwahrung und zur Vorratsdatenspeicherung findet.
8. Der Landtag erwartet, dass die Koalition ihre Meinungsverschiedenheiten zum seit März 2011 vom Innenminister angekündigten Spiehhallengesetz beilegt.
9. Der Landtag erwartet von der Landesregierung eine konstruktive Haltung bei der Bewältigung der Eurokrise und hält Forderungen nach einer "geordneten Insolvenz" Griechenlands für unverantwortlich.
10. Der Landtag hält zur Realisierung der Energiewende die Festlegung eines prozentualen Anteils der Landesfläche von mindestens 2 v.H. als Windvorrangflächen sowie die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Hinblick auf die verstärkte Möglichkeit zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen für erforderlich.

Wiesbaden, 26. September 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel